

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3827

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3827



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



**Keine Steuer-
milliarden für Medien-**

millionäre

STEUERGELDER

**MEDIENGESETZ
NEIN
AM 13. FEBRUAR**



NEIN zum Raubzug auf die Staatskasse!

Die privaten Schweizer Medien sollen neu mit 178 Millionen pro Jahr subventioniert werden.

Profitieren würden die grossen und reichen Medienkonzerne, die Jahr für Jahr hunderte Millionen Franken Gewinn machen.

Dieser Raubzug auf die Staatskasse...

- › ist unnötig und schädlich
- › verzerrt den Markt
- › macht die Medien staatsabhängig
- › diskriminiert Gratismedien
- › führt zu noch mehr Medien-Einheitsbrei
- › und zementiert die heutigen Medienmonopole

NEIN zu Subventionen an reiche Medienkonzerne

Verein Nein zu staatlich finanzierten Medien
Postfach, 5600 Lenzburg 1
info@medien-massnahmenpaket-nein.ch
www.medien-massnahmenpaket-nein.ch

Aargauische Kantonalbank,
IBAN: CH70 0076 1645 9374 2200 1

Darum NEIN zum Mediengesetz

Kein Steuergeld an Millionäre, Milliardäre und Aktionäre

In der Volksabstimmung über das neue Mediengesetz geht es um viel. Die Politik will die Schweizer Medien vom Staat abhängig machen. Das ist Gift für unsere Demokratie. Neu würden die privaten Medienhäuser vom Staat jedes Jahr **178 Millionen** Franken erhalten. Dies zusätzlich zu den jährlich **109 Millionen**, die die Verlage für ihre Radio- und TV-Stationen bekommen sollen, und den **130 Millionen**, die sie dank dem reduzierten Mehrwertsteuersatz einsparen. Insgesamt würden die Verleger die Steuerzahler künftig jährlich über **400 Millionen** Franken kosten.

70 Prozent für die Grossen

Über 70 Prozent der Mediensubventionen fliessen direkt in die Taschen der grossen Medienkonzerne und ihrer Aktionäre, obwohl diese das Geld nicht nötig haben. **Denn sogar im letzten Corona-Jahr verdienten sie über 300 Millionen Franken.** Selbst die NZZ, börsenkotierte Unternehmen wie die Tages-Anzeiger-Gruppe oder wohlhabende Verleger-Dynastien würden jedes Jahr Millionen an Subventionen einstreichen.

Sagen Sie **NEIN** zu diesem Raubzug auf die Staatskasse!



Nein zu gekauften Medien

Vom Staat finanzierte Medien verlieren ihre Glaubwürdigkeit. Nur unabhängige Medien können den Staat kontrollieren. Nun aber will der Staat die Medien kontrollieren und sie gefügig machen. Wir wissen: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.»

Sagen Sie **NEIN** zu staatlich gelenkten Medien.

Kleinverlage bleiben geschützt

Der Verlegerverband behauptet, für die Kleinverlage seien die Subventionen überlebenswichtig. Das ist falsch. Den wenigen noch freien Verlagen geht es gut. Zudem erhalten sie jährlich rund 30 Mio. an Subventionen, was auch bei Ablehnung des neuen Gesetzes so bleibt.

Sagen Sie **NEIN** zu den irreführenden Argumenten des Verlegerverbandes.

Monopolmedien verhindern

Um die marktbeherrschenden Grossverlage zu schützen, werden alle Gratismedien von den neuen Subventionen ausgeschlossen. Damit werden regionale Medien abgewürgt, was zu einer weiteren Verarmung der Medienlandschaft führt.

Sagen Sie **NEIN** zur Diskriminierung von Gratismedien.

Ein Mediengesetz für Grossverleger

Das neue Mediengesetz ist für die Medienkonzerne gemacht: Bisher wurden nur Zeitungen bis zu einer Auflage von 40'000 Exemplaren subventioniert. Neu sollen auch die grossen Tageszeitungen und die Sonntagszeitungen der Medienkonzerne subventioniert werden.

Sagen Sie **NEIN** zur Subventionierung reicher Grossverleger.

Politiker und Organisationen sagen NEIN zum Mediengesetz

Über 90 eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier engagieren sich aktiv gegen das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien». Sie werden angeführt von:



Philipp Kutter
Nationalrat Die Mitte/ZH

«Mir wird schlecht beim Gedanken, dass Medienhäuser Direktzahlungen erhalten.»



Ruedi Noser
Ständerat FDP/ZH

«Mit dem Gesetz kauft der Bundesrat die vierte Gewalt im Staat. Das muss verhindert werden. Unserer Demokratie zuliebe.»



Benedikt Würth
Ständerat Die Mitte/SG

«Nicht der Staat muss die Medien kontrollieren, sondern die Medien den Staat.»



Gregor Rutz
Nationalrat SVP/ZH

«Wer den freien Austausch von Meinungen bevorzugt, muss das neue Mediengesetz ablehnen.»

Die Parteipräsidenten aller bürgerlichen Parteien sagen NEIN zum Mediengesetz



Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz,
Nationalrat/ZG



Jürg Grossen
Präsident GLP Schweiz,
Nationalrat/BE



Thierry Burkart
Präsident FDP Schweiz,
Ständerat/AG



Marco Chiesa
Präsident SVP Schweiz,
Ständerat/TI

Diese und weitere Parteien und Organisationen sagen NEIN zum Mediengesetz:



FDP Schweiz



SVP Schweiz



Economiesuisse



Junge SVP



Bund der Steuerzahler



Die junge Mitte



Schweizerischer Gewerbeverband



Die Jungfreisinnigen (FDP)



Journalisten-Komitee
«Freie Medien»



Schweizerischer Baumeisterverband



Verband Schweizer Online-Medien

Verleger kümmern sich um die eigene Kasse

Die nach Staatsgeld rufenden Verleger behaupten, nur mit massiv erhöhten Subventionen gebe es Meinungsfreiheit und Medienvielfalt. Damit verkehren sie die Fakten in ihr Gegenteil.

Richtig ist: Mit ihrem Griff in die Staatskasse werden die Medienhäuser vom Staat abhängig. Zugleich zementieren sie mit den Subventionen ihre Marktmacht und behindern damit eine vielfältige Medienlandschaft.

Verleger, die ein staatspolitisch derart schädliches Mediengesetz durchsetzen wollen, kümmern sich nicht um die Schweizer Demokratie, sondern primär um ihre eigene Kasse.

MEDIENGESETZ
NEIN
AM 13. FEBRUAR

STEUERGELDER

Fake News zum Mediengesetz

Der Verlegerverband behauptet, das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» sei für die Kleinverlage gemacht und fördere die Medienfreiheit. Das sind Fake News.

1 Es gibt in der Schweiz nur noch wenige kleine Zeitungsverlage. Sie alle sind gut aufgestellt, wissen sich zu wehren und werden vom Bund schon heute mit rund **30 Millionen Franken jährlich subventioniert**. Das genügt und bleibt auch bei Ablehnung des neuen Gesetzes so.

2 Dass das neue Mediengesetz vorwiegend für die Grossen gemacht wurde, belegen die gravierenden Neuerungen, die mit ihm eingeführt werden: **Bisher wurden nur Zeitungen bis zu einer Auflage von 40'000 Exemplaren subventioniert. Nun fällt diese Grenze. Neu sollen auch die grossen Blätter wie Blick, Tages-Anzeiger, NZZ, 24Heures usw. subventioniert werden. Zudem werden neu auch die Sonntagszeitungen subventioniert.** Dabei gibt es keinen einzigen kleinen oder mittleren Verlag, der eine Sonntagszeitung herausgibt. Erneut profitieren also nur die Grossen.

3 Weiter behauptet der Verlegerverband, das neue Gesetz fördere die Regionalmedien. Auch das ist falsch: **Praktisch alle Regionalzeitungen wurden von den grossen Medienkonzernen aufgekauft.** In der Folge haben diese die Lokalredaktionen geschlossen und in entlegene Zentralredaktionen eingegliedert. Das ist das pure Gegenteil von regionaler Medienförderung.

4 Falsch ist auch die Behauptung, das neue Gesetz fördere die Medienvielfalt. Wahr ist: Durch die massiv erhöhten Subventionen an die Medienkonzerne **haben neue und freie Medien keine Chance mehr.** Das gilt auch für Gratismedien, die willkürlich keine Subventionen erhalten. Entgegen den Behauptungen der Verleger schränkt das «Massnahmenpaket» die Medienvielfalt ein und führt zu noch mehr journalistischem Einheitsbrei.

Was beim Mediengesetz aufgetischt wird, ist vielfach falsch und schadet der Demokratie!

Verleger und Redaktoren

wissen: Subventionen sind schlecht



Pietro Supino
Verwaltungsratspräsident
Tages-Anzeiger-Gruppe,
2013 im Magazin

«Sind die Medien von staatlichem Geld abhängig, können sie ihre Kontrollfunktion nicht mehr gleich gut wahrnehmen.»



Peter Wanner
Verleger CH Media,
am 28. April 2018
im Zofinger Tagblatt

«Aus liberaler und ordnungspolitischer Sicht ist eine dauernde (Medien-) Subvention höchst fragwürdig.»



Etienne Jornod
Verwaltungsratspräsident
NZZ, 10. Oktober 2020
im St.Galler Tagblatt

«Subventionen sind immer ungesund. Unsere Branche muss fähig sein, ihre Produkte zu verkaufen.»



Christina Neuhaus
Inlandchefin NZZ,
am 29. Juli 2021
in der NZZ

«Die NZZ würde vom neuen Subventionsgesetz profitieren, lehnt es aber ab.»